

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	56. Plenarsitzung Gemeinderat
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Termin:	17.12.2013
vom: 13.11.2013	Vorlage Nr.:	2013/0222
eingegangen: 13.11.2013	TOP:	28
	Verantwortlich:	öffentlich Dezernat 4
Einrichtung eines Auskunftssystems für barrierearme Wohnungen in Karlsruhe		

- Kurzfassung -

Die Einrichtung eines Auskunftssystems für barrierefreie oder auch barrierearme Wohnungen ist in der Tat eine sinnvolle Sache.

Um eine zielführende Lösung zu finden, wird auch unter Beteiligung der verschiedenen Fachbereiche der Stadtverwaltung wie Sozial- und Jugendbehörde, Liegenschaftsamt und Bauordnungsamt zu einem runden Tisch eingeladen. Über das Ergebnis wird im Sozialausschuss berichtet.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages		nein ☒ ja ☐	
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Haushaltsmittel Kontierungsobjekt: Ergänzende Erläuterungen:			
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant		nein ☒ ja ☐	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		nein ☒ ja ☐	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		nein ☒ ja ☐	
		Handlungsfeld:	
		durchgeführt am	
		abgestimmt mit	

1.

Die Stadtverwaltung richtet ein Auskunftssystem für barrierearme (seniorenfreundliche, behinderungsfreundliche, barrierefreie...) öffentlich und nicht öffentlich geförderte Wohnungen ein.

Die Einrichtung eines Auskunftssystems für barrierefreie oder auch barrierearme Wohnungen ist in der Tat eine sinnvolle Sache. Insbesondere die Beratungsstellen der Sozial- und Jugendbehörde (Seniorenbüro und Behindertenberatung) erfahren bei ihrer täglichen Arbeit die steigende Nachfrage nach barrierefreien oder barrierearmen Wohnungen.

Aus diesem Grund wurde schon in der Vergangenheit durch die Sozial- und Jugendbehörde versucht, ein EDV-gestütztes Auskunftssystem für barrierefreie Wohnungen aufzubauen. Dieses Projekt konnte nicht realisiert werden, da nicht genügend Wohnungen gemeldet wurden.

Basis eines solchen Systems muss eine fundierte Datengrundlage sein. Der Aufbau ist schwierig, da bei der Stadtverwaltung nur teilweise Informationen über derartige Wohnungen vorliegen.

Um eine zielführende Lösung zu finden, wird auch unter Beteiligung der verschiedenen Fachbereiche der Stadtverwaltung wie Sozial- und Jugendbehörde, Liegenschaftsamt und Bauordnungsamt zu einem runden Tisch eingeladen. Über das Ergebnis wird im Sozialausschuss berichtet.

2.

Die Stadtverwaltung gibt in den zukünftigen Sachstandsberichten „Wohnen und Bauen in der Stadt“ fortlaufend Auskunft über die Anzahl dieser Wohnungen in Karlsruhe.

Sobald die Anzahl der besagten Wohnungen umfassend ermittelt ist, steht der Veröffentlichung dieser Zahlen z.B. im Sachstandsbericht „Wohnen und Bauen in der Stadt“ nichts im Wege.